

Allgemeiner Oberschlesischer Anzeiger.

46^{ter}

Jahrgang.



N^o 93.

1848.

Ratibor, Mittwoch 22. November.

Bekanntmachung.

Auf Antrag des Bürgerwehr-Kommando fordern wir die Herren Bewohner hiesiger Stadt — so weit sie nach dem Gesetz vom 17. Oktober c. bürgerwehrpflichtig sind — auf, sich auch jetzt schon soviel als möglich bei der bereits in Wirksamkeit befindlichen Bürgerwehr theilnehmen und dazu bei deren Oberführer melden zu wollen.

Ratibor den 20. November 1848.

Der Magistrat.

Polizeiliche Bekanntmachung.

In mehreren Fällen schon ist durch die Unterlassung der gesetzlich vorgeschriebenen An- und Abmeldungen der Anzüge und Abzüge sowie der Umzüge von Miethern u. c. Seitens hiesiger Bürger und der Inwohner der Kommune die Last zur Erhaltung und Verpflegung von armen Herangezogenen — erwachsen und neuerdings derselben momentane Erhaltung einer kranken Frau mit 4 Kindern aufgebürdet worden.

Wir machen daher alle Herren Hausbesitzer, Aftervermieter und Schlafstellen-Haltende darauf aufmerksam, daß die unterlassene Meldung ihrer Miether u. c. ihnen gesetzlich nicht allein eine Polizeistrafe zuzieht, sondern daß sie sogar zur Erhal-

tung solcher der Kommune aufgebürdeten Armen verpflichtet sind.

Ratibor, den 15. November 1848.

Der Magistrat.

Eingefandt im Auftrage der Königl. Regierung vom Magistrat hier.

Meine Erklärung als Abgeordneter.

Die Verordnung des Königs, daß der Sitz der National-Versammlung nach Brandenburg verlegt werden solle, ist nicht unconstitutionell, nicht ungerecht. Dem Könige, als dem voraus schon fest constitutionellen Oberhaupt des Staats, dem Träger aller Staatsgewalt nach Außen hin, dem Ordner aller Angelegenheiten, welche nicht die innere Gesetz-Verathung und Beschließung betreffen — dem Könige stand ganz unzweifelhaft das Recht zu, bei der Bildung und Zusammenberufung der National-Versammlung, wie den Tag, so auch den Ort der Wahl und des Zusammentritts zu bestimmen — nach Gründen der Zweckmäßigkeit, die er zu erwägen hatte.

Er hat die Hauptstadt gewählt, und die Angemessenheit dieser Wahl war einleuchtend — nur einzelne Stimmen hörte ich Unheil daraus prophezeien. Wie sollte aber jetzt, wo dieses Unheil allerdings eingetreten ist, der König nicht mehr berechtigt sein, die Zweckmäßigkeit, die Sicherheit und Tauglichkeit des Rathungsorts sorgsam zu prüfen und dann zu entscheiden! Aus vollster Ueberzeugung sage ich, diese gleichsam weltliche, lokale, ökonomische Angelegenheit ist noch immer seine Sache. Er hat den Beruf und das Recht,